

# Geschichtlicher Überblick 1919–1935

von  
Gertrud Bühler

## Vorbemerkung

Dieser Überblick ist bewußt nicht kritisch, von unserem heutigen Kenntnisstand ausgehend, verfaßt worden, sondern so, wie es der damalige Zeitgenosse zum großen Teil gesehen und erlebt hat.

Die Brüdergemeine rekrutierte sich, sozial gesehen, in erster Linie aus dem mittleren Bürgertum: Bildungsbürger (Pfarrer und Lehrer) und Handwerker. Sie hatte wenig Verbindung mit dem Bauerntum und kaum mit der Arbeiterschaft der aufkommenden Industrie. Politisch zeigten die Brüder kein sonderliches Interesse, ein pietistisches Erbe; sie dachten kaisertreu und national, teils konservativ, teils nationalliberal – nicht nationalistisch.

Konservativ hieß, im Sinne von Adolf Stöcker (1835–1909), ein Bündnis zwischen Monarchie und Volkskirche zu befürworten. Die Ständegesellschaft wurde als eine von Gott gegebene Ordnung angesehen, in die sich die Arbeiter als vierter Stand einfügen sollten. Diese Haltung entsprang weniger, der Not der Arbeiter Einhalt zu gebieten, als vielmehr einer anti-sozialdemokratischen Gesinnung.

Nationalliberal bedeutete, im Sinne von Friedrich Naumann (1860–1919), die Lebenssituation der bis dahin noch nicht integrierten Arbeiter verbessern zu wollen. Naumann plädierte für ein soziales Kaisertum, das sich auf die Arbeiter stützte. Im Laufe der Jahre wuchs für ihn allerdings der Nationalstaat zum vorrangigen Ziel. »Was nützt die beste Sozialpolitik, wenn die Kosaken kommen.«<sup>1</sup> Er trat für die Trennung von Staat und Kirche ein, wobei der christliche Glaube ein selbstverständliches Element des deutschnationalen Selbstverständnisses sein sollte.

Der große Umbruch vollzog sich in den Jahren 1917–1919. Als Fakten sind zu nennen:

---

1 Hilfe, 1. Jahrgang 1895, Nr. 28, 1.

- 1917 Eintritt der USA in den Krieg  
Russische Oktoberrevolution
- 1918 Waffenstillstand, Aufrufung der Republik durch die SPD
- 1919 Weimarer Verfassung auf der Basis der ersten Reichstagswahl, Unterzeichnung des Friedensvertrages

Die sozialpsychologische Situation der Bevölkerung läßt sich folgendermaßen umreißen:

- Man war nationalbewußt; der Versailler Vertrag wurde als nationale Schande angesehen. »Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fessel legt.«<sup>2</sup>
- Trotz der Einführung der Republik blieb ein Großteil des Bürgertums monarchistisch eingestellt. Dabei ist zu beachten, daß seit Luther der Landesherr auch der weltliche Herr der evangelischen Kirche war.
- Das bedeutet: Man fühlte antidemokratisch und wählte antisozialdemokratisch, denn die SPD hatte die Republik ausgerufen; außerdem galt die SPD als unchristlich.

Wie stellte sich die Brüdergemeine zu diesem Umbruch?

Selbstverständlich war die Brüdergemeine politisch kein einheitlicher Block. In der Zeitschrift »Herrnhut« werden recht unterschiedliche Meinungen vertreten. Als Frage stellt sich einmal: Soll man sich in der Brüdergemeine überhaupt mit Politik befassen? Welche Partei entspricht am ehesten den Ansichten der Brüdergemeine?<sup>3</sup> In Artikeln vom 6. und 20.6.1919 apostrophiert S. Ballein die SPD als »Utopie und Luftkonstruktion ... Es gibt zwischen Christi Reich und Satansherrschaft keine neutrale Zone«, und W. Jannasch beurteilt sie als »die völlig ins Diesseitige und Materielle hineingeratene sozialistische Zukunftshoffnung, von Christen zu bekämpfen«. Dagegen wirbt W.E. Schmidt dafür, daß man die Zwietracht im deutschen Volke nicht fortsetzen dürfe, sondern »die sozialen Unterschiede müssen an Bedeutung verlieren«, »... alles sträubt sich gegen diese pessimistische Stimmung gegenüber der sozialdemokratischen Hälfte unseres Volkes. Die Sozialdemokraten selbst wehren sich dagegen, mit dem demonstrierenden Großstadtmob gleichgesetzt zu werden.«<sup>4</sup> Aus dem politischen Frauenwahlrecht, das 1919 eingeführt wurde, ergab sich die andere Frage, ob in der Brüdergemeine auch das kirchliche Wahlrecht für die Schwestern

2 Scheidemann, SPD, auf einer Kundgebung am 12.5.1919. – H.A. Winkler: Weimar 1918–1933, Verlag Beck, München 1993, 91.

3 Herrnhut vom 20.12.1918.

4 Herrnhut vom 2.5.1919.

Gültigkeit erhalten sollte: »Durch den demokratischen Stimmzettel, der nirgendwo in der Bibel vorgezeichnet ist ..., wird es so werden, daß nicht mehr der Geist Gottes und die Salbung der Heiligen ordnen, bauen und vollenden können, sondern die stimmberechtigte Volksmasse – männlich und weiblich – wird volksgerecht und volksbequem die Kirche regieren wollen.« Zur Wahlberechtigung und »Wählbarkeit der Frauen zur Leitung der Kirche finden wir in der Bibel keinen Anhalt« (August Weber). Dagegen: »Ist nicht die Meinung und der Rat einer älteren Schwester oft höher einzuschätzen als der eines jungen Bruders?« – »Ist es ein Fehler, wenn Verantwortungsgefühl, Pflichtbewußtsein und Interesse am Wohl und Wehe der Gemeinde auch bei den Schwestern in größerem Maße wie bisher wachgerufen wird?« – »So sehe ich Gottes Wirken auch in der Frauenbewegung.«<sup>5</sup>

Das Krisenjahr 1923, die »vermiedene Katastrophe«<sup>6</sup>

Im Januar besetzten die Franzosen das Ruhrgebiet, weil die Deutschen mit ihren Reparationslieferungen, u.a. mit Holzlieferungen, im Rückstand waren. Der Rapallo-Vertrag 1922 hatte die Franzosen geschockt, Poincaré befürchtete, daß die Deutschen auf den Sturz der Nachkriegsordnung hinarbeiteten. Außerdem hoffte er, doch noch die Abtrennung des Rheinlandes von Deutschland zu erreichen. Die deutsche Regierung rief zum Widerstand auf: »Erst Brot, dann Reparationen!« Doch im Herbst mußte Stresemann diese Politik als erfolglos abbrechen, denn die Regierung konnte die Streikenden nicht mehr bezahlen.

Die Inflation erreichte ihren Höhepunkt (Verschuldung des Reiches im Nov. 1922 840 Mrd., im April 1923 8,4 Bill. und im Juni 1923 22 Bill. Mark). Dabei verlor das Bürgertum am meisten. Das bedeutete für viele Mitglieder der Brüdergemeine den wirtschaftlichen Abstieg. Infolge dieser Notlage eskalierten die allgemeinen Unruhen, die politischen Morde häuften sich. In Sachsen und Thüringen wurden kommunistische Volksfrontregierungen ausgerufen, der Reichspräsident ließ den Ausnahmezustand erklären und die Reichswehr in diese Länder einrücken. In München ließ Hitler »seine Männer« zur Feldherrenhalle marschieren. Das »Ermächtigungsgesetz« trat zum ersten Mal vom 13. Oktober 1923 bis zum 31. März 1924 in Kraft.

Nach diesem Tiefpunkt verliefen die Jahre 1924–1928 verhältnismäßig ruhig. Aufgrund von Krediten aus den USA erholte sich die deutsche Wirtschaft langsam, und so verloren auch die radikalen Parteien ihren Rückhalt im Volk.

---

5 Herrnhut vom 28.2.1919.

6 H.A. Winkler, a.a.O., 186.

Stresemann war als Außenminister erfolgreich (Henry Kissinger nennt ihn den einzigen Staatsmann der damaligen Zeit).

- 1925 im Locarno-Vertrag anerkannten die Deutschen ihre Westgrenze als endgültig. Briten und Italiener garantierten das Abkommen.
- 1926 wurde Deutschland in den Völkerbund aufgenommen; damit hatte es die politische Gleichberechtigung zurückerlangt.
- 1929 wurde im Young-Plan die Endsumme der Reparationen festgelegt. Die jährlichen Zahlungen wurden gegenüber dem Dawes-Plan von 1924 zwar zurückgeschraubt, sollten aber bis 1988 geleistet werden. 1932 wurden die Zahlungen jedoch auf drei Jahre ausgesetzt und anschließend gar nicht mehr geleistet.

Den großen Rückschlag brachte die Weltwirtschaftskrise 1929/30. Die Produktion ging enorm zurück. 1929 betrug das Volkseinkommen 73 Mrd. RM, 1932 nur noch 45,2 Mrd. RM; die Arbeitslosenzahl erreichte 1932 ihren Höhepunkt mit 5,5–6 Millionen. Die Demokratiefeindlichkeit wuchs erneut, die extremen Parteien KPD und NSDAP bekamen mächtigen Zulauf. 1930 versagte die SPD ihrem eigenen Kanzler Müller die Gefolgschaft; Anlaß war die Reform der Arbeitslosenunterstützung, deren Beitrag von 3,5 auf 4% erhöht werden sollte. Brüning übernahm die Regierung, die er ohne Mitwirkung der Parteien in drei Tagen zusammenstellte. Er war von Anfang an gewillt, sich auf § 48 der Reichsverfassung zu stützen, d.h. der Reichspräsident konnte die Funktionen des Reichstages übernehmen. Dadurch fielen ihm z.B. das Budgetrecht und der Erlaß von Gesetzen zu. Damit waren die Parteien praktisch ausgeschaltet; sie hatten es nicht vermocht, sich in Notzeiten zusammenzurufen und politische Verantwortung zu übernehmen. Brüning hoffte durch »sachliche Politik« zu überzeugen und regierte mit den berüchtigten Notverordnungen, schaffte es aber nicht, die Wirtschaft schnell in Gang zu bringen. Auf Betreiben der ostelbischen Großagrarien wurde er im Sommer 1932 von Hindenburg entlassen. Brüning war sowohl der stärkste Kanzler, weil vom Reichstag unabhängig, wie auch der schwächste, weil allein vom Wohlwollen des Reichspräsidenten abhängig.

Das Jahr 1932 war ein Jahr starker politischer Unruhen mit Mordanschlägen von rechts und links. Während des kurzen Zwischenspiels der Kanzlerschaften von Papen und Schleicher wurde mehr taktiert und intrigiert als regiert. Nach langem Sträuben berief der greise Reichspräsident von Hindenburg Hitler, den Führer der stärksten Partei, zum Reichskanzler. Damit war die Weimarer Demokratie untergegangen.

Ohne sich die sozialpsychologische Situation von 1932 zu vergegenwärtigen, versteht man kaum, warum das deutsche Volk dem Nationalsozialismus relativ widerstandslos zugestimmt hat.

- Das Selbstbewußtsein der Deutschen war schwer angeschlagen
- durch den verlorenen Krieg (Dolchstoßlegende, Kriegsschuldfrage, Reparationen);
  - durch die wirtschaftliche Not, besonders des Mittelstandes, Arbeitslosigkeit;
  - durch den gefährdeten inneren Frieden; man befürchtete einen Bürgerkrieg sowie, daß durch eine Revolution der KPD »russische Verhältnisse« geschaffen würden.
  - aus Angst vor dem neuen Phänomen der Verstädterung, denn Deutschland hatte sich inzwischen zu einem modernen Industriestaat entwickelt. Emotional sehnte man sich jedoch zurück zur ländlichen Idylle (Slogan von »Blut und Boden«). In den Großstädten sah man den »Sündenpfuhl«, den Verfall der Moral; einerseits sprach man von den »Golden Twenties«, andererseits vom »Kulturbolschewismus«.

Im ganzen fühlte man sich unsicher, hatte die Orientierung verloren und fürchtete ein allgemeines Chaos.

Dagegen das »Dritte Reich«!

Am 30. Januar marschierten in Berlin Tausende von uniformierten Fackelträgern, die »braunen Bataillone«, im gleichen Schritt und Tritt durch das Brandenburger Tor und vermittelten ein Bild von Ordnung und Geschlossenheit. Am »Tag von Potsdam«, dem 21. März, verbeugte sich in der Garnisonskirche unter Glockengeläute der Gefreite Hitler – nicht in Uniform, sondern im zivilen schwarzen Cut – vor dem greisen Generalfeldmarschall. Der »historische Händedruck« wurde als Zeichen der Versöhnung zwischen dem alten und dem neuen Deutschland und der Überwindung der Klassen inszeniert. Neben den Hakenkreuzfahnen wehten die alten Fahnen des Kaiserreichs schwarz – weiß – rot.<sup>7</sup> Der Rundfunk wurde zum ersten Mal als Propagandamittel eingesetzt. Eine glänzende Show lief ab. Damit wurden die Bedürfnisse des Volkes nach Prestige und Orientierung, nach Zusammengehörigkeit und Selbstachtung befriedigt. Hitler hatte sich durch den gezeigten »Respekt« und die »Demut« vor dem Feldherren des Weltkriegs viel Sympathie gewonnen. Ein weiterer Faktor, der die Bevölkerung positiv gegenüber der neuen Regierung stimmte, war Hitlers »Legalitätstaktik«. Er begann jede Maßnahme mit einem legalen Anschein, z.B. wurde noch in der Nacht nach dem Reichstagsbrand am 28. Februar die »Verordnung zum Schutz von Volk und Staat«<sup>8</sup> erlassen – damit konnten sofort

---

7 Der 21. März war bewußt gewählt worden als Tag des Frühlingsanfangs und als Tag, an dem 1871 Bismarck den ersten deutschen Reichstag eröffnet hatte.

8 Man beachte die euphemistische Formulierung!

mißliebige Regimegegner, besonders aus der KPD und SPD, in Haft genommen werden. Dies wurde vom Volk als Maßnahme in extremer Notlage toleriert.

Nach der Reichstagswahl am 4. März wurde in der ersten Sitzung des neuen Reichstages das »Ermächtigungsgesetz« mit Mehrheit beschlossen. Daß sich das Parlament damit selbst auf vier Jahre außer Kraft setzte, glaubte man mit der allgemeinen Situation rechtfertigen zu können. Damit hatte Hitler, obwohl nur noch zwei weitere Parteigenossen im Kabinett saßen, nicht nur die Exekutive, sondern auch die Legislative in der Hand. Die »Machtergreifung« war abgeschlossen.

Die zweite Phase der »Gleichschaltung« begann. Sie sollte die Klassenunterschiede aufheben und die Volksgemeinschaft stärken; in Wirklichkeit hieß das, man wollte alle in die gleiche ideologische Richtung bringen.

Bis zum Aufnahmestopp am 1. Mai traten viele in die NSDAP ein, z.T. aus Opportunismus, z.T. aber auch aus dem ehrlichen Wunsche, bei dem Neuaufbau mitzuhelfen. – Hinter vorgehaltener Hand bespöttelte man sie als »Märzgefalle-  
ne«. –

Der 1. Mai wurde zum »Tag der nationalen Arbeit« erhoben. Die „Arbeiter der Faust und der Stirn« marschierten nach gemeinsamem Gottesdienst auf und unterliefen damit den »klassenkämpferischen Feiertag« der SPD. Sofort am nächsten Tag wurden die freien Gewerkschaften liquidiert, ihre Häuser besetzt und ihr Kapital beschlagnahmt. Um alle Deutschen zusammenzuführen, wurde am 24.10.1934 per Gesetz die »Deutsche Arbeiterfront« gegründet, der die Arbeiter, Angestellten und Unternehmer anzugehören hatten. Damit war ein Großteil der berufstätigen Bevölkerung unter Kontrolle.

Gleichzeitig wurde der Einparteien-Staat geschaffen. Noch im März 1933 wurde die KPD verboten und das Reichsbanner, ein Wehrverband der SPD, lahmgelegt. Im Juni wurde auch die SPD im ganzen verboten, während sich die rechts gerichteten Parteien, wie DVP und DNVP, und das katholische Zentrum im Laufe des Sommers selbst auflösten. Für die Katholiken wurden die Oberhirten der Kirche zum Wortführer. Seit April führte von Papen im Namen der Reichsregierung mit dem Vatikan Verhandlungen, die mit einem Konkordat im Juli abschlossen: Die Kirche solle ihren Einfluß im Schul- und Vereinswesen behalten, dafür durften sich die katholischen Geistlichen nicht mehr politisch betätigen. – Allerdings hielt dieser Vertrag die National-Sozialisten nicht lange davon ab, doch in die kirchliche Sphäre einzugreifen.

Mit einem Gesetz gegen die Neubildung von Parteien war die Gleichschaltung der Parteien abgeschlossen. Als einzige Partei war nur noch die NSDAP erlaubt; dort hatte die legale Willensbildung des Volkes stattzufinden. Am 1.

Dezember 1933 wurden Rudolf Hess und Ernst Röhm als Führer der Parteiorganisationen in die Regierung aufgenommen.

In ähnlicher Weise ging man auf dem Gebiet der Kultur vor: Im Mai wurden in einer spektakulären Aktion »undeutsche Bücher« verbrannt. Für die Presse wurden einheitliche Sprachregelungen erlassen. Das Reichskulturkammergesetz vom 22.9.1933 schloß »alle Schaffenden« zu »einer Kultureinheit« zusammen. »Die deutschen Künstler sollen sich unter dem Patronat (des Staats) geborgen fühlen und das beglückende Gefühl zurückgewinnen, daß sie im Staate unentbehrlich sind« (aus einer Göbbelsrede). Rund 250 Schriftsteller und Gelehrte verließen das Land.

Gleichschaltung der Verwaltung:

Das deutsche Kaiserreich war rechtlich ein Bund der Fürsten, die mit beschränkter Selbständigkeit an der Spitze ihrer Länder verblieben. Nach der Revolution 1918 wurde das föderale System beibehalten; modernisiert wurde insofern, als die Regierungen des Reiches bzw. der Länder von den entsprechenden Parlamenten gewählt wurden.

1933/34 wurden mit den Gesetzen zur »Gleichschaltung der Länder mit dem Reich« und zum »Neuaufbau des Reiches« in den Ländern Reichskommissare zur Wahrnehmung polizeilicher Befugnisse ernannt, sodann national-sozialistische Länderregierungen mit einem Reichsstatthalter anstatt eines Ministerpräsidenten eingesetzt und die Hoheitsrechte der Länder auf das Reich übertragen.

Der letzte Schritt zur Gleichschaltung erfolgte mit der Niederschlagung der sogenannten »Röhm-Revolve«, wobei es sich um den Machtkampf zwischen SA und Militär handelte. Hitler stellte sich auf die Seite der Reichswehr, denn sie benötigte er in seiner zukünftigen Politik.

Anschließend ernannte sich Hitler zum obersten Gerichtsherrn – »der Führer schützt das Recht« (C. Schmitt) – und hatte damit die drei Gewalten Exekutive, Legislative und Judikative in seiner Hand.

Nach dem Tode Hindenburgs am 2.8.1934 wurde die Reichswehr auf die Person Hitlers vereidigt. Nun war Hitler offiziell Führer, Staatsoberhaupt und Oberbefehlshaber der Reichswehr.

Von 1935 an verschoben sich die Schwerpunkte national-sozialistischer Politik. In der Außenpolitik verfolgte Hitler die Ziele, den »Versailler Diktatfrieden« zu zerreißen und »Lebensraum im Osten« zu schaffen.<sup>9</sup> Deshalb verließ Deutschland im Oktober 1933 die Abrüstungskonferenz und trat aus dem Völ-

---

<sup>9</sup> Da die Außenpolitik im Rahmen dieser gesamten Arbeit keine besondere Rolle spielt, wird sie hier nicht weiter dargestellt.

kerbund aus. Am Samstag vor dem »Heldengedenktag« im März 1935 wurde die allgemeine Wahlpflicht eingeführt, und auf den gleichen Tag ein Jahr später erfolgte der Einmarsch der Wehrmacht in das entmilitarisierte Rheinland. Damit war das Ziel, die Ordnung von Versailles aufzuheben, erreicht, ohne daß das Ausland eingeschritten wäre.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Judenverfolgung:

Der Haß auf die Juden war ein Grundmotiv der Weltanschauung Hitlers. Schon in »Mein Kampf« schrieb er: »Indem ich mich der Juden erwehre, kämpfe ich für die Werke des Herrn.« Als jüdisch galt für ihn alles, was er ablehnte: Demokratie, Bolschewismus, Sozialdemokratie, Liberalismus, Kapitalismus, Zinsknechtschaft, Pressefreiheit, moderne Kunst, Antimilitarismus, Internationalismus und noch vieles mehr. Den Juden sah er als den »Spaltpilz der Völker« an, er sei nicht schöpferisch. Die systematische Ausschaltung begann im April 1933 mit einem Boykott jüdischer Geschäfte und dem »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums«, nach dem die nicht-arischen Beamten in den Ruhestand versetzt wurden. Auf den Protest von Hindenburg wurden die Juden, die sich im Krieg um Deutschland verdient gemacht hatten, von der Maßnahme ausgenommen – bis zum Tode Hindenburgs. Mit dem »Reichserbhof-« und »Schriftleitergesetz« im Herbst 1933 wurden die Juden aus weiteren Berufen ausgeschlossen.

Die zweite Phase begann mit dem »Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre«, das auf dem Nürnberger Parteitag 1935 verkündet wurde:

- Eheschließung zwischen Ariern und Nicht-Ariern wurde verboten. Bereits geschlossene Ehen wurden ungültig.
- Außerehelicher Verkehr mit Nichtariern war verboten.
- Juden durften keine weibliche Angestellte unter 45 Jahre in ihrem Haushalt beschäftigen.
- Sie durften keine deutsche Flagge zeigen.
- Sie durften kein aktives und passives Wahlrecht ausüben.

Gleichzeitig wurde Rassentrennung in den Schulen befohlen. In Schulen und Hochschulen wurde der Unterricht der Rassenlehre obligatorisch. Der Antisemitismus war als Grundlage des völkischen Staates anzusehen. Da aber die Juden in der Außenhandelspolitik noch nicht entbehrlich waren, man außerdem gegenüber dem Ausland eine gewisse Rücksicht nehmen mußte, glaubten viele Juden nicht, daß die Verfolgung zu ihrer völligen Vernichtung führen solle. So verließen bis Ende 1937 nur 118 000 Deutschland, wobei ihr Vermögen als »Reichsfluchtsteuer« eingezogen wurde.



Von deutscher Seite wurde nirgends öffentlicher Widerstand geleistet, auch nicht vom Ausland. Die Olympiade 1936 in Berlin war ein großer Erfolg. Kein Ausländer verließ Berlin, als Hitler dem Farbigen Jesse Owens, der die Goldmedaille im 100 m und im 200 m Lauf, im Weitsprung und in der 4x100 m Staffel errungen hatte, bei der Siegerehrung nicht die Hand reichte.

So war 1935 das Deutsche Reich, allen negativen Erscheinungen zum Trotz, ein angesehener Staat; in der neuen Volksgemeinschaft waren »Ruhe und Ordnung« eingeleitet. Es wurde wieder »regiert« und nicht nur »geschwätzt« wie in der Weimarer Zeit – so empfand es wenigstens ein nicht geringer Teil der Bevölkerung.

Hitler hatte, im Gegensatz zum französischen Revolutionsbegriff von der Umkehr aller Verhältnisse, eine »legale Revolution« im Namen bürgerlicher Normen gegen die bürgerlichen Normen durchgeführt.

## Daten zum National-Sozialismus

- |       |            |  |
|-------|------------|--|
| 1933: | 30.01.     | Hitler zum Reichskanzler ernannt; Koalitionskabinett   |
|       | 27.02.     | Reichstagsbrand  |
|       | 28.02.     | »Verordnung zum Schutz von Volk und Staat«   |
|       | 05.03.     | Reichstagswahl; NSDAP erhält 43,9%   |
|       | 07.03.     | Verbot der KPD   |
|       | 21.03.     | »Tag der nationalen Erhebung« in Potsdam   |
|       | 24.03.     | Ermächtigungsgesetz  |
|       | 31.03.     | »Vorläufiges Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich«  |
|       | 01.04.     | Boycott jüdischer Geschäfte  |
|       | 07.04.     | Zweites Gleichschaltungsgesetz (Reichsstatthalter als Sonderkommissare)  |
|       |            | »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtums«  |
|       | 01.05.     | Tag der nationalen Arbeit  |
|       | 02.05.     | Auflösung der Gewerkschaften   |
|       | 10.05.     | Verbrennung von »undeutschen« Büchern  |
|       | 22.06. bis |  |
|       | 05.07.     | Verbot bzw. Selbstauflösung der verschiedenen Parteien   |
|       | 14.07.     | Gesetz gegen Neubildung von Parteien, nur NSDAP ist erlaubt  |
|       | 22.11.     | Reichstagswahlen nach dem Austritt aus dem Völkerbund; NSDAP 92%   |
|       | 01.12.     | »Gesetz zur Sicherung der Einheit von Staat und Partei.« Hess und Röhm zu Mitgliedern der Reichsregierung ernannt. |
| 1934: | 30.01.     | Gesetz zum »Neuaufbau des Reiches«. Landesparlamente aufgehoben, Landesregierungen unterstehen der Reichsregierung |

- 30.06. Niederschlagung der »Röhmrevolte«. Hitler »oberster Gerichtsherr«  
 02.08. Tod von Hindenburg. Vereidigung der Reichswehr auf Hitler. Hitler ist »Führer der Partei, Staatsoberhaupt und Oberbefehlshaber der Reichswehr«  
 1935: 16.03. Einführung der allgemeinen Wehrpflicht  
 15.09. Nürnberger Gesetze: »Reichsbürgergesetz« und »Gesetz zum Schutz des deutschen Volks und der deutschen Ehre«

### Wahlergebnisse zum deutschen Reichstag in einzelnen Brüdergemeinen in %

	Dt. Reich	Herrnhut	Königsfeld	Kleinwelka	Gnadau	Niesky
<i>Sozialdemokratische Partei Deutschlands</i>						
1930	24,5	4,4	5,8	?	?	?
1932	21,5	5,3	4,3	?	?	?
1933	18,3	4,5	?	12,8	14,9	26,0
<i>Christlich Sozialer Volksdienst</i>						
1930	0	39,5	28,0	?	?	?
1932	0	26,6	13,7	?	?	?
1933	0	23,5	?	9,4	5,1	4,8
<i>Deutsche Volks-Partei</i>						
1930	4,5	13,8	27,7	?	?	?
1932	1,1	8,4	5,7	?	?	?
1933	1,0	6,8	?	?	2,7	0
<i>Deutschnationale Volkspartei (Schwarz – Weiß – Rot)</i>						
1930	7,0	7,0	13,6	?	?	?
1932	7,2	16,9	21,3	?	?	?
1933	8,0	19,0	?	18,0	22,6	9,8
<i>Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei</i>						
1930	18,3	19,4	12,6	?	?	?
1932	37,2	42,4	44,2	?	?	?
1933	32,9	43,1	?	50,1	46,9	45,8